

Die deutsche Staatsangehörigkeit vom norddeutschen Bund bis zur DDR Hindernis bei der Auflösung Deutschlands

Letzte Änderung: 16.05.2016

Seit einiger Zeit sind sich oppositionell gebende Propagandisten am Werk, die, anknüpfend an die BRD-Praxis „DEUTSCH“ als Synonym für „deutsche Staatsangehörigkeit“ zu verwenden, diese als „NAZI-Staatsangehörigkeit“, „Kolonieangehörigkeit“, „Staatenlosigkeit“, „Heimatlosigkeit“ u.ä. verunglimpfen. In diesem Zusammenhang wird wieder zur Inanspruchnahme der Gliedstaatenangehörigkeit des deutschen Kaiserreichs aufgerufen, um angeblich die verlorene Heimat wieder zu erhalten. „Notregierungen“ dieser ehemaligen Staaten werden gebildet und es wird Werbung gemacht, einen „Reichsverweser“ als Platzhalter für den Kaiser zu wählen. Alle diese Bestrebungen eint, die letzten patriotischen Deutschen bzw. die, die jetzt am Aufwachen sind, vom einheitlichen deutschen Nationalstaat, der 1934 hergestellt wurde, abzulenken. (Vertreter: Rüdiger Klaasen/staatenlos.info, Thomas Mann/Freistaat Preußen, Uwe Knietzsch/Sachsen, Ramona Rogas/Exilregierung DR u.a.)
Leider haben sich viele bewußte Deutsche von diesen eigentlich durchsichtigen Propagandamanövern verwirren lassen und sind auf diesen Zug aufgesprungen.

Eine Schlüsselrolle hat bei diesem Verwirrspiel die vorgebliche Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“; nach Darstellung der Propagandisten eine schlimme Erfindung der „NAZIS“ zur Entrechtung des deutschen Volkes. Hier müßte es bei Klardenkern schon klingeln, da nach Lesart der Mainstream-Propaganda jede Äußerung zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes „politisch korrekt“ eben „NAZI“ oder „rechtsextrem“ ist.
Da muß man es glatt verschlafen haben, das Bundesverfassungsgericht als rechtsextreme kriminelle Vereinigung zu verfolgen (wie das DPHW) als es am 21.10.1987 beschloß: „*Aus dem Währungsgebot (des GG) folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht (war da das GG oder die Verfassung von 1949 gemeint?), die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten*“. Damals hatte das GG ja auch noch einen Geltungsbereich.

Wo kommt denn nun diese angebliche Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ tatsächlich her und was bedeutet dieser Begriff wirklich?

Norddeutscher Bund

Im Norddeutschen Bund gab es z.B. die Staatsangehörigen des Königreichs Preußen. Die wurden *Preußen* genannt und waren *Unterthanen* des Staatsoberhauptes, des Königs von Preußen. Gleichzeitig waren sie *Bundesangehörige*. Wurde ihnen das Auswandern genehmigt, wurden sie Fremde. Von „deutsch“ war noch keine Rede.

Deutsches Reich als Kaiserreich (Monarchie)

Zur Reichsgründung 1871 änderte sich nicht viel. Es kamen ein paar südwestdeutsche Staaten dazu. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde per Kaiserliche Verfügung etwas abgeändert zur Verfassung von 1871. Statt *Bundesangehörige* hieß es nun *Reichsangehörige* oder *Deutsche*. Die einzelnen Bundesstaaten blieben innerhalb des Reiches souverän mit eigener Staatsangehörigkeit; anders wäre das wohl mit den Herrscherhäusern auch nicht zu machen gewesen. Die politische Vertretung außerhalb des Reichs erfolgte nur noch durch dieses. Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat führte zum Erwerb der Reichsangehörigkeit (mittelbare Reichsangehörigkeit). Die wachsende außenpolitische Aktivität des Reichs durch Wirtschaft, Diplomatie und koloniale Tätigkeit brachte es naturgemäß mit sich, daß die damit befaßten Reichsangehörigen im Ausland Kinder bekamen, die dadurch keine Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erwerben konnten. Hier entstand ein Regelungsbedarf, der mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913

(RuStAG) geklärt wurde: § 1. *Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.*

Diese Vorschrift verknüpft die Eigenschaft als *Deutscher* also zwingend mit der Reichs- und /oder Staatsangehörigkeit. Alle anderen deutschen Volkszugehörigen waren keine Deutschen sondern Fremde oder eben nur „*deutsch*“. Der Ursprung von „DEUTSCH“ liegt also beim kaiserlichen RuStAG und nicht bei den bösen „NAZIS“.

Deutsches Reich als Republik (repräsentative Demokratie)

Nachdem das Kaiserreich 1919 dem von außen gesteuerten Putsch zum Opfer gefallen war, der in die Geschichte als „Novemberrevolution“ einging, gründeten die Putschisten die Weimarer Republik. Für diese wurde, kompatibel zum Versailler Schandvertrag die Verfassung von 1919 beschlossen. In dieser wird das Deutsche Reich zum Staat mit einer Staatsangehörigkeit und die vorherigen Staaten werden zu Ländern mit weiterhin eigener Staatsangehörigkeit.

WRV Art. 110 Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.

Damit gab es eine doppelte Staatsangehörigkeit, ein völlig unhaltbarer Zustand. Für die Inhaber dieser Staatsangehörigkeit verwendet die Verfassung weiter den Begriff *Deutsche* oder auch *Reichsdeutsche*. Dies bedingt, daß deutsche Volkszugehörige ohne eine deutsche Staatsangehörigkeit als *Volksdeutsche* bezeichnet wurden. Diese Begriffe sind also keine Erfindungen der „NAZIS“ sondern der „Demokraten“.

Deutsches Reich als Zentralstaat (Diktatur)

Die Wahl Adolf Hitlers 1933 zum Reichskanzler erfolgte vermutlich legaler als die Wahl aller Bundesregierungen ab 1956 nach dem grundgesetz- und verfassungswidrigen Bundeswahlgesetz. (s. Urteil BVerfG v. 25.07.2012 – 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11)

Eines der ersten Gesetze des „Diktators“ war das Gesetz über die Volksabstimmung, welches die Möglichkeit schuf, das Volk mit einfacher Mehrheit über Maßnahmen der Reichsregierung oder Gesetze, auch solche mit verfassungsändernden Vorschriften, entscheiden zu lassen.

Nach zwei Gesetzen zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich in 1933 folgt das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30.01.1934, welches die Souveränität der Länder aufhebt. Das Staatsangehörigkeitsrecht wird mit der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 angepaßt:

§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)

§1 wurde so in das BGBI. Teil III übernommen!

Damit wurde der bisherige Staats-Reichs-Länderangehörigkeits- Wirrwar beseitigt und klare Verhältnisse geschaffen. Mit nationalsozialistischer Ideologie hatte das nichts zu tun.

Mit den Staatsangehörigkeiten der Länder wurden die letzten Reste der unsäglichen deutschen Kleinstaaterei beseitigt, die immer im Interesse aller nichtdeutschen Machtpolitiker gelegen hatte. Der einheitliche deutsche Nationalstaat war endlich hergestellt worden.

Es gab nun nur noch die Deutschen mit STAATSANGEHÖRIGKEIT: DEUTSCHES REICH (lt. Vordruck Reichsreisepass) und weiterhin die Kategorie der Volksdeutschen ohne Reichsangehörigkeit, nachgewiesen als „deutsch“.

Deutsches Reich unter der Regierungsgewalt der Alliierten

Zum Ende des 2.WK wurde ein Teilgebiet des Deutschen Reiches als Reservat für die die Dezimierung und Vertreibung überlebt habenden Deutschen und deutschen Volkszugehörigen bestimmt.

Dies waren die sog. Besatzungszonen. Während das übrige Reichsgebiet (bezogen auf die Grenzen von 31.12.1937) komplett in Fremdverwaltung gegeben wurde, übernahmen die Alliierten in den Besatzungszonen die Regierungsgewalt über neu installierte deutsche Selbstverwaltungen. Dies war das Prinzip der Lagerselbstverwaltung wie es ab 1. WK in allen europäischen Gefangenenlagern wie auch in den deutschen Konzentrationslagern üblich geworden war.

Die Verordnung vom 05.02.1934 wurde nicht aufgehoben. Im Gegenteil ordnete die alliierte Militärregierung mit der AO vom 13.3.1946 die Gültigkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit an, d.h. die deutsche Staatsangehörigkeit blieb erhalten, aber General Eisenhower erklärte es zum Inhalt der Umerziehung (Reedukation) den Reichsgedanken aus den Köpfen der Deutschen zu entfernen, also Verbot des Begriffes *Reich*.

Im Gesetz Nr. 52 der Militärregierung-Deutschland heißt es im Artikel VII Begriffsbestimmungen, (e) „GERMANY“ shall mean the area constituting „Das Deutsche Reich“ as on 31.Dezember 1937. - „Deutschland“ bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Mit dieser US-Sicht auf Deutschland als Gebiet ohne Staat wird bereits die beabsichtigte Zerschlagung des Deutschen Reiches sichtbar.

Durch die 2. Auflösung Preußens per Militärgesetz Nr. 46 und willkürlicher Bestimmung **neuer Länder** zerstörten die Alliierten die Grundlagen des Deutschen Reichs und diktieren eine neue deutsche Staatsstruktur.

Den Deutschen wurde verbindlich im Amtsblatt des Kontrollrates Nr. 1 die *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02.08.1945* („Potsdamer Abkommen“) bekannt gegeben, mit der Zusicherung, daß sie einen Friedensvertrag erhalten, wenn eine „geeignete“ deutsche Regierung ein entsprechendes Dokument vorlegt. Welche Regierung „geeignet“ sei, wurde nicht definiert, auch kein Zeitplan vorgegeben.

In den neuen Ländern (Verwaltungsgebiete, nicht Staaten) werden 1946/47 neue Verfassungen angeordnet, die diese Länder zum Bestandteil einer künftigen deutschen Republik mit einer ebenfalls neuen Verfassung erklären.

Die Westmächte brechen diese Politik Anfang 1947 ab und gehen zum kalten Krieg über, d.h. Teilung der Welt, Teilung Europas und Teilung Deutschlands in feindlich gegenüber stehende Blöcke.

Doch die UdSSR hält an der Wiederherstellung eines neuen deutschen demokratischen Nationalstaates und Abschluß eines Friedensvertrages fest. Es wurden in Berlin drei Volkskongresse 1947,1948 und 1949 zur Erarbeitung einer neuen Verfassung unter Einbeziehung des deutschen (Rest)-Volkes durchgeführt. Im Oktober 1948 übermittelt der Verfassungsausschuß des deutschen Volksrates dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung eines neuen **volksdemokratischen** deutschen Nationalstaates zur Stellungnahme.

503 Abänderungsvorschläge gingen dem Deutschen Volksrat zu. *Als im März 1949 Otto Grotewohl den neuen Verfassungsentwurf dem Deutschen Volksrat unterbreitete waren von den 144 Artikeln der Verfassung 52 entsprechend den von der Bevölkerung unterbreiteten Vorschlägen geändert worden. Der Deutsche Volksrat stimmte dem Verfassungsentwurf am 19. März 1949 zu und überwies ihn dem Deutschen Volkskongreß zur Bestätigung.* (aus Vorwort d.V.) Der 3. Deutsche Volkskongreß bestätigte am 30.05.1949 in der Reichshauptstadt den zweiten Verfassungsentwurf mit einer Gegenstimme. Der Kongreß setzte sich zusammen aus 1400 in der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) am 15./16.05.1949 gewählten Abgeordneten und 610 Vertretern der westlichen Besatzungszonen, die trotz Verbot nach Berlin gekommen waren. Die Verfassung bestimmt in Art. 1: *Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik. Sie gründet sich auf den deutschen Ländern.....Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.*

Also: Die Verordnung von 1934 der Nationalsozialisten zur Schaffung der Staatsangehörigkeit des einheitlichen deutschen Nationalstaates wird 4 Jahre nach der Kapitulation mit Deckung durch die AO vom 13.3.46 der Besatzer vom Deutschen (Rest)Volk in Verfassungsrang gehoben! - ein Geniestreich unserer Nachkriegseltern, der den heutigen Auflösern Deutschlands ein gewaltiges Problem bescherte.

Mit dieser Verfassung beschritt die deutsche Kriegsgeneration den einzig möglichen, auf der rechtlichen Selbstbindung der Alliierten, dem Potsdamer Abkommen, beruhenden Weg, wieder in die staatliche Handlungsfähigkeit zu kommen, um einen Friedensvertrag abschließen zu können. Sie ist das politische Vermächtnis der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, die letzte politische Willensäußerung des deutschen Volkes vor der

Umerziehung. Jegliche Wiederherstellung von Reichsstrukturen war von den Alliierten ausgeschlossen worden!

Das Deutsche Reich (Teilgebiet) unter Verwaltung Bundesrepublik

Wie oben ausgeführt, verließen die Westmächte ab Anfang 1947 den Weg zur Bildung eines neuen deutschen Gesamtstaates und gingen zum kalten Krieg gegen die UdSSR über.

Es sei hier daran erinnert, daß Ende 1946 die Aktion *High Jump* der USA als Desaster endete. Ein starker Flottenverband unter Admiral Byrd sollte in der Antarktis die letzten nicht kapituliert habenden deutschen Einheiten vernichten. Der Verband erlitt jedoch durch Einsatz von Flugscheiben hohe Verluste und mußte fliehen. Damit war klar, daß der Krieg nicht zu Ende und die „Sieger“ keine Sieger waren. Dies erklärt den plötzlichen Übergang zum kalten Krieg, die Spaltung Deutschlands und die Bildung zweier sich angeblich feindlich gegenüber stehender Blöcke, denn wie sonst sollte man der Welt die Wiederaufrüstung (gegen Deutschland) erklären?

Zunächst wird WD wirtschaftlich abgespalten. 1947 wird in den USA heimlich die DM gedruckt und 1948 die Währungsreform in den Westzonen und Westberlin durchgeführt.

Um zu verhindern, daß das besetzte Deutschland wieder unter einer Verfassung (noch dazu eine volksdemokratische) zu staatlicher Handlungsfähigkeit kommt, mußte eine separate westdeutsche Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die wie ein Staat aussieht aber kein Staat sein darf, denn sie soll ja eben einen deutschen Staat dauerhaft verhindern und die Vernichtung des deutschen Volkes vollenden. Deswegen wurde dieser Verwaltung ein Grundgesetz diktiert, zu dem Christine Kluge in ihrem Buch *Die geplante Vernichtung* ausführt: *Seine Grundsätze gehen, ..., auf den 1901 in Leipzig geborenen Carl Joachim Friedrich, einen 1926 in die USA emigrierten und während des Zweiten Weltkrieges in der US-amerikanischen antideutschen Propaganda besonders aktiven Havard-Professor, zurück.*

Bonner Grundgesetz (GG), Art. 133: *Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.* Gemeint ist damit die ehemalige Trizonenverwaltung.

Das stellt grundsätzlich klar:

Die BRD ist kein Staat. Sie hat keine eigene Staatsangehörigkeit.

Die deutsche Staatsangehörigkeit kann von ihr allenfalls verwaltet aber nicht vergeben werden.

Alles andere ist vorsätzliche Täuschung denn die BRD kann ihre Aufgabe der Verhinderung eines Friedensvertrags nur nachkommen, wenn sie im Schein eines Staates handelt.

Warum darf es nach dem Willen der US-Machthaber keinen Friedensvertrag mit Deutschland geben?

Das Kriegsbündnis gegen die Achsenmächte schuf mit der am 26. Juni 1945 unterzeichneten *Charta der Vereinten Nationen* die Grundlage der UNO. Auch viele neutrale Staaten traten dem Bündnis bei, als die Niederlage der Achsenmächte absehbar war, um nicht zu den Verlierern zu gehören. Bedingung des Beitritts war, sich der USA als Oberkommandierender des Krieges zu unterwerfen. Mit diesem Trick erzwangen die USA die Anerkennung ihres Weltherrschaftsanspruchs.

Dies galt natürlich nur für diesen Krieg, der deshalb formal nicht beendet werden darf.

Die zuverlässigste Methode, dies zu verhindern ist, die Entstehung eines neuen deutschen Staates zu blockieren, der einen Friedensvertrag verlangen könnte. Das eben ist die Kernaufgabe der BRD, die sich natürlich mit der Auflösung Deutschlands in der EU erledigt hätte. Deshalb ist die BRD lt. GG Art. 133 als Verwaltung und nicht als Staat angelegt und **muß nach innen permanent die Feindstaatenklauseln der UN-Charta 53 und 107 gegen das Deutsche Volk vollstrecken**, d.h. alle patriotischen und nationalen Kräfte niederhalten (sog. Kampf gegen Rechts) Daher auch der haßerfüllte und nicht enden wollende Kampf gegen die DDR als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs und tatsächlicher deutscher Staat.

Zu welchen geistigen Verrenkungen diese Notwendigkeit der BRD, wie ein Staat aussehen zu müssen aber keiner sein zu dürfen führt, kann man am GG Art. 116 sehen: (1) *Deutscher im Sinne*

dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitig gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Hier wird zunächst gegen das höherrangige RuStAG verstoßen und dies auch verschämt eingeräumt (*vorbehaltlich anderweitig gesetzlicher Regelung*), indem der Begriff *Deutscher* auf *deutsche Volkszugehörige*, also Volksdeutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit, erweitert wird.

Es ging um die Einbeziehung beider Kategorien gleichermaßen in die Herrschaftsgewalt der Verwaltung BRD.

Wäre die BRD ein Staat wie die DDR gewesen, hätte sie den Volksdeutschen einfach die deutsche Staatsangehörigkeit geben können, doch dazu fehlte die Befugnis.

Also mußte man unterscheiden, in einerseits diejenigen, die am 23.05.1949 (Verkündung GG) die deutsche Staatsangehörigkeit schon hatten (Reichsdeutsche) und denen diese nach GG Art. 16 (1) auch nicht mehr entzogen werden darf, weil das ja eine Verwaltung nicht kann, und andererseits denjenigen Volksdeutschen die im Gebiet des Reiches (hier gemeint BRD) nur Aufnahme gefunden haben. Da *Aufnahme finden* kein Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist, drückt das aus, daß sie weiter ohne deutsche Staatsangehörigkeit bleiben. Die BRD unterscheidet auch heute noch Deutsche mit deutscher Staatsangehörigkeit und Deutsche mit Rechtsstellung als Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Statusdeutsche). Letztere sind weiterhin nur „deutsch“ oder in BRD-Variante, „DEUTSCH“, damit die Großschreibung der Namen wegen c.d.m. Status nicht so auffällt, das heißt staatenlos, rechtlos!

Was sind demnach nun die nach dem 23.05.1949 in WD Geborenen, wenn man als Verwaltung keine Staatsangehörigkeit vergeben kann?

Sie sind lt. GG Art. 116 dem Status nach Volksdeutsche, also Vertriebene im eigenen Land (das Reich wird ihnen ja vorenthalten), also nur „DEUTSCH“, staatenlos!

Diese werden immer mehr, die alten Reichsdeutschen sterben aus, also macht man immer weniger falsch, wenn man allen „DEUTSCH“ in den Staatenlosen-Personalausweis schreibt. Damit das nicht auffällt, lügt man dreist den Leuten vor, daß dies die „deutsche Staatsangehörigkeit“ sei. Richtig offenkundig wird die Lüge und vorsätzliche Täuschung bei der „Einbürgerung“ von Ausländern. Bei WIKIPEDIA heißt es dazu:

Einbürgerung (Naturalisation)-Erwerb durch Verwaltungsakt

Die Einbürgerung erfolgt auf Antrag. Dies ist ein Erwerbsverfahren für ausländische Staatsbürger oder Staatenlose. Die Staatsangehörigkeit wird in diesem Fall nicht bereits kraft Gesetzes, sondern durch einen Verwaltungsakt erworben.

-Einbürgerung kraft Rechtsanspruchs (Muss-Einbürgerung, Anspruchs-Einbürgerung) erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen eines gesetzlichen Anspruchs, ohne Ermessensspielraum der Staatsangehörigkeitsbehörde.

Damit muß jedem klar sein, daß der Begriff *deutsche Staatsangehörigkeit* in der BRD nicht das mindeste mehr mit dem RuStAG zu tun hat, sondern nur zur Täuschung darüber dient, daß „DEUTSCH“ bedeutet: *staatenloses Personal der NGO-Firma BRD*, die sich rechtswidrig als Germany/Deutschland bezeichnet. Die BRD hat hier das Staatsangehörigkeitsrecht in übelster Weise mit innerbetrieblichen Regelungen überlagert, um die Umvolkung und damit Völkermord an den Deutschen maximal zu beschleunigen. Internationale Regelungen, wie das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit, dem die BRD beigetreten ist, spielen keine Rolle: *Staatsangehörigkeit ist das rechtliche Band zwischen einer Person und einem Staat und drückt nicht etwa nur eine Volkszugehörigkeit aus.*

Durch „DEUTSCH“ wird der Zustand charakterisiert, wie er tatsächlich für alle in der BRD Geborenen zutrifft und wie er für das deutsche Volk generell in der EU vorgesehen ist:

1. Anerkennung der deutschen Volkszugehörigkeit zur Sicherstellung des ewigen Schuldkultes
2. Staatenlosigkeit und Rechtlosigkeit wie es die NWO für alle Völker vorsieht

Real bedeutet das Entzug der Staatsangehörigkeit, was nach dem (gem. Art. 146 seit 30.05.1949 ungültigen) GG aber auch nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit unzulässig ist.

Um dies zu umschiffen gibt die BRD zu, daß BPA und Bundesreisepass kein Nachweis der

deutschen Staatsangehörigkeit sind und lediglich die Vermutung begründen, daß der Inhaber die deutsche Staatsangehörigkeit habe. Als „Glaubhaftmachung“ wird auf Antrag für 25.00 € eine „Staatsangehörigkeitsurkunde“ angeboten. Diese ist aber wiederum eine Fälschung weil auch hier kein Staat genannt ist, dessen Angehöriger man sein soll. „Glaubhaft“ heißt: es ist ein höherer Grad der Wahrscheinlichkeit aber kein Beweis.

Das Deutsche Reich (Teilgebiet) als Deutsche Demokratische Republik- DDR

Auf Grund der Verweigerungshaltung der Westmächte und ihrer deutschen Verrichtungsgelieferten in den Westzonen konnte durch Gründung der Bundesrepublik (in) Deutschland (7.09.49 erster Bundestag) die Verfassung für Deutschland als Ganzes am 07. Oktober 1949 nur in der sowjetischen Besatzungszone in Kraft gesetzt werden.

Der am 30.05.1949 durch den 3. Deutschen Volkskongreß neugewählte Deutsche Volksrat konstituierte sich in die provisorische Volkskammer (Verfassungsorgan) um und erließ das Gesetz zur Inkraftsetzung der Verfassung Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) am 07. Oktober 1949. Das war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik; als neuer verfassungsmäßiger deutscher Staat auf Reichsgebiet und damit Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Die deutsche Staatsangehörigkeit nach RuStAG wurde so auf verfassungsmäßiger Grundlage im Reichsteilgebiet Mitteldeutschland weitergeführt.

Die DDR hat von daher einen ungeheuren **Legitimitätsvorteil gegenüber der BRD.**

Dieser wird von der BRD von Anfang an mit schärfster Lügenpropaganda (*Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin*) bekämpft und von den DDR-Kommunisten gemäß ihrer Natur als Reichsfeinde nicht wahrgenommen und in der Folgezeit leichtfertig verspielt.

Die sowjetische Nachkriegspolitik hinter der DDR und die Rolle der SED

Da das ursprüngliche Kriegsziel Stalins in der Eroberung Westeuropas anzunehmen ist, welches durch den deutschen Präventivangriff 1941 verhindert wurde, gab es in der Sowjetführung bis Kriegsende keine spezielle Planung für eine Nachkriegspolitik im besetzten Deutschland. Diese Planung wurde von USA und GB durchgeführt und Stalin schloß sich einfach an. Lediglich die in die SU emigrierten deutschen Kommunisten um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht befaßten sich mit der Planung eines Nachkriegsdeutschlands. Da sie von der Sowjetführung nicht über die von den Westmächten geplante Teilung Deutschlands informiert wurden, gingen sie von der Erhaltung der Einheit Deutschlands aus. Eine kommunistische Umgestaltung Deutschlands hielten sie für nicht machbar und **setzten sich daher das Ziel ein neues Deutschland als volksdemokratische Republik zu errichten.**

Stalin akzeptierte dies und erhob es quasi zum **Befehl, daß es nicht beabsichtigt sei, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen.** (Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, Herbert Graf: Wer spaltete D. S. 195)

Daraus folgt die durchaus positiv im Sinne der Deutschen Nation zu bewertende Rolle der KPD, ab 1946 SED, als treibende Kraft für einen neuen volksdemokratisch verfassten Staat zu wirken. Da die Besatzungsmacht Sowjetunion dafür als Schutzmacht auftrat, war es überhaupt möglich eine entsprechende Verfassung zu schaffen.

Das Kalkül der Sowjetführung bestand aber nicht darin, den Deutschen die Demokratie zu bringen, die sie ja selber nicht hatten, sondern es ging ihnen darum, mit einem einheitlichen und vor allem neutralen Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen, um sich durch dieses neutrale Gebiet von den Westmächten abzugrenzen als Schutz vor dem kalten oder möglicherweise auch heißen Krieg. s. die drei Stalinnoten

Der Verrat der Verfassung durch die SED und die inkonsequente Haltung der SU

Ab 1948 setzte eine Umformung der Kommunistischen Parteien ein in Richtung der sog. *Marxistisch-leninistischen Kampfparteien neuen Typs*. Das bedeutete kompromißlose Klassenkampfpartei mit absoluten Machtanspruch und Absage an die Demokratie. Auch bei der SED wirkte sich diese Entwicklung zur Verstärkung des Klassenkampfes auf Kosten der nationalen

Interessen aus. Für diese Politik war aber die Verfassung der DDR nicht geeignet und wurde so für die SED immer mehr zum Hindernis.

Der von den USA ausgehende kalte Krieg wäre mit einer unwilligen UdSSR und einer neutralen DDR zwischendrin wohl auch zu einer Lachnummer geworden. Also mußte die östliche Seite mit Nachdruck auf Kriegskurs gebracht werden. Zunächst wurde die DDR in das Ost-West-Schema des Kalten Krieges eingepaßt. (Für den Westteil hatte das Adenauer ja schon erledigt)

Diesen Dienst erledigte Walter Ulbricht mit der Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus in der DDR auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952.

Dieser Beschluß war verfassungswidrig, war nicht von Moskau vorgegeben und soll sogar von Stalin wieder aufgehoben worden sein da er seine Absicht störte, einen Friedensvertrag mit einem einheitlichen neutralen Gesamtdeutschland (Deutschland als Ganzes) abzuschließen.

Die Sowjetführung unter Stalin und Berija erwogen sogar, Ulbricht zu zwingen, seinen sozialistischen Weg aufzugeben, weil dieser der angestrebten Wiedervereinigung im Wege stand. (Pawel A. Sudoplatow, „Der Handlanger der Macht- Enthüllungen eines KGB-Generals“ S. 453-457) Ulbricht hob damit die nationale deutsche Position der DDR auf und unterstellte sie ideologisch der SU. Die Sowjetführung nahm von da ab die DDR-Führung nicht mehr als nationale Interessenvertretung Deutschlands wahr was sich darin äußerte, daß sie wiederholt gesamtdeutsche Fragen hinter dem Rücken der DDR-Führung mit der Bundesregierung verhandelte. Auch das Übergehen der Honecker-Regierung durch Gorbatschow bei den II+IV Verhandlungen hat hier seine Ursache.

Der sozialistische Kurs Ulbrichts und die dadurch bedingten höheren Belastungen der Werktätigen (Normerhöhungen) führten zum Aufstand des 17. Juni 1953. Anstatt Ulbricht nun abzusetzen und die Einhaltung der Verfassung durchzusetzen reagierte die Sowjetführung völlig irrational, indem Berija den Oberkommandierenden in der DDR Gretscho anwies, den Aufstand niederzuschlagen! Das wirft die Frage auf: Wer stand wirklich hinter Walter Ulbricht, daß sogar die Sowjetführung vor ihm einknickte?

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 wurde die UdSSR auf Linie des kalten Krieges gebracht. Sein Nachfolger Chruschtschow war der richtige Mann dafür. Die Chance für eine eigenständige nationale Entwicklung der DDR war vorbei.

Die SED zog ihren neuen sozialistischen Kurs durch und zerstörte die im Wege stehende verfassungsmäßige Ordnung. Die Schritte des Verfassungshochverrats der SED mit den Blockparteien waren die Auflösung der Länder und Einführung der Bezirksstruktur am 23. Juli 1952, die Aufhebung der Länderkammer 1958, die Bildung des Staatsrats 1960. Dies erfolgte alles ohne Verfassungsänderung. Eine gesamtdeutsche Verfassung konnte man schlecht ohne westdeutsche Staatsangehörige ändern; denn die hatten sie ja mit beschlossen.

Also hob man mit dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR vom 20.02.1967 das RuStAG rückwirkend zu 1949 auf und kreierte den „Staatsbürger der DDR“. Mit dem konnte man dann 1968 die Sozialistische Verfassung der DDR per Volksentscheid machen, die 1974 der sozialistischen Entwicklung angepaßt wurde.

All dies passierte wohlgernekt ohne Aufhebung der 1949er Verfassung, denn dazu besaß die DDR allein keine Befugnis. Es wurde also (scheinbar) eine zweite Staatsangehörigkeit verfassungswidrig geschaffen, auf der das sozialistische System aufbaute. Die im Hintergrund fortbestehende 49er Deutschlandverfassung sicherte der DDR weiterhin die staatliche Legitimation, delegitimierte aber gleichzeitig alle Maßnahmen der SED. Das ist der Fakt, der das SED-Regime tatsächlich zum Unrechtssystem machte.

Die „Wende“ und die Neustrukturierung des deutschen Besatzungskonstrukts

Die Teilung der Welt nach dem Schema des kalten Krieges stand der NWO immer mehr im Weg. Dazu mußte die sozialistische Teststrecke der Ausbeutung im Osten abgebrochen werden um eine neue Qualitätsstufe in Form der EU(dSSR) aufzubauen. (These + Antithese = Synthese, das alte Illuminatenschema). Parallel zur Zersetzung des „Sozialismus“ in der UdSSR wurde der sowj. Geheimdienst KGB eingesetzt, die Wende in der DDR in Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst und der CIA einzuleiten. Die „revolutionären“ Demonstrationen der Wende

wurden von diesen orchestriert und folgten dem Schema, daß alle Maßnahmen, die den Deutschen schaden so aussehen müssen, als wenn sie von den Deutschen selbst kämen um die wahren Drahtzieher und deren Ziele zu verbergen.

Mit Aufhebung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1967 und der Verfassung von 1968/74 am 17.07.1990 durch Eduard Schewardnadse bei den 2+4 Verhandlungen ist nur die sozialistische DDR als Satrapie der UdSSR aufgelöst worden. Die DDR nach der V 1949 bestand weiter bzw. lebte wieder auf. Absicht oder Versehen?

Die letzte, unter erdrückendem medialen Druck des Westens „frei“ gewählte Volkskammer setzte die DDR mit dem *Verfassungsgesetz zur Wiedereinführung von Ländern in der DDR vom 22.07.1990* wieder in den Rechtsstand vom 23.07.1952 zurück. (Der Tag vor der verfassungswidrigen Einführung von Bezirken in der DDR)

Um die Ausführung dieses Gesetzes, also die Wiederherstellung des verfassungsgemäßen Zustandes der DDR zu verhindern, erfolgte am 03.10.1990 die Okkupation des Staates DDR durch die Verwaltung BRD und dessen Unterwerfung unter das fortgeltende westliche Besatzungsrecht nach dem Überleitungsvertrag gemäß Punkt 4.a) der *Vereinbarung der Bundesregierung mit den Drei Mächten vom 27./28.09.1990 (BGBl. 1990, Teil II, S.1386, Nr. 42- Tag der Ausgabe: Bonn, den 9. November 1990!)*:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrags auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik nicht umgangen werden.

Mittels einer illegalen Nebenabsprache per Notenwechsel hat sich die Bundesregierung von den Drei Mächten beauftragen und bevollmächtigen lassen den Überleitungsvertrag in abgespeckter Form beizubehalten und die DDR damit zu überziehen.

Die DDR/Mitteldeutschland war seit dem Ministerratsbeschluß der UdSSR vom 20.September 1955 über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland frei von Besatzungsrecht der UdSSR gewesen aber Dank SED dieser ideologisch unterworfen.

Ab dem 3. Oktober 1990 ist die NGO BRD stellvertretende Besatzungsmacht der Drei Mächte in der DDR. Der Anschluß der DDR erfolgte demgemäß in Form einer feindlichen Übernahme.

Heute, 25 Jahre danach sind immer noch über 45% der maßgeblichen Verwaltungsposten in der DDR von Westdeutschen besetzt.

Da es weiterhin weder eine Staatsangehörigkeit der BRD noch eines „Vereinten Deutschlands“ gibt und nie gegeben hat, besteht die deutsche Staatsangehörigkeit als Staatsangehörigkeit der DDR (Reichsangehörigkeit) nach Art. 1 der ebenfalls fortbestehenden Verfassung vom 30.05./07.10.1949 weiter.

Der Erwerb der echten deutschen Staatsangehörigkeit ist somit auf der Grundlage des GG unmöglich sondern geht nur mit der Verfassung Deutschlands/DDR vom 30.05./07.10.1949. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nur mit Originaldokumenten des Deutschen Reiches oder der Deutschen Demokratischen Republik nachweisbar.

Sowohl die Besetzung der DDR am 03.10.1990 durch die Drei-Mächte-Verwaltung BRD, die nachfolgende Zerschlagung der DDR-Wirtschaft durch die „Treuhandanstalt“ als auch die bis heute ungebrochen anhaltende Hetze gegen die DDR werden verständlich, wenn man sie als Kriegshandlungen gegen Das Deutsche Reich (DDR) und das deutsche Volk begreift!

Um nun auf das Eingangsproblem zurückzukommen, geht es jetzt wohl darum, die letzten aufrechten Deutschen so zu manipulieren (induziertes Irresein), daß sie selbst ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben, indem diese so schlechtgemacht wird, wie eben alles Deutsche verunglimpft wird. Die echte deutsche Staatsangehörigkeit, die außerhalb des Zugriffs der BRD liegt, scheint wohl das letzte Hindernis bei der Auflösung Deutschlands in der EUdSSR zu sein. Die Portionierung in einzelne Scheinstaaten „Heimatländer“ erleichtert die Verteilung des Reichs

an einzelne Interessenten. Ist nicht schon der Anspruch an einen Judenstaat „*Medinat Weimar*“ in Thüringen angemeldet worden? Die Karte der Aufteilung Deutschlands unter die Anrainerstaaten ist auch schon lange bekannt.

Es beweist sich immer mehr, daß bei dem Problem der Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes die 1949er Verfassung Deutschlands eine Schlüsselfunktion hat und nur über diese eine Abwicklung der BRD (German Trust) möglich ist.

Ausblicke

Was wäre, wenn es in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dränge, daß die Generation unserer Eltern und Großeltern, die zu Boden geprügelt wurde mit der „Schuld“ Adolf Hitler gefolgt zu sein und der alliierten Phantasie „deutscher Verbrechen“ uns in Wahrheit die demokratischste Verfassung der deutschen Geschichte hinterlassen hat?

Was wäre, wenn es in das Bewußtsein der Öffentlichkeit dränge, das die BRD seit dem 30. Mai 1949

gemäß ihrem GG Art. 146 eine illegale verfassungsfeindliche Organisation ist weil sie eben die freiheitlich demokratische Grundordnung der Verfassung dem Deutschen Volk verweigert im Auftrag feindlicher Mächte?

Was passiert wenn Plan A, die Auflösung Deutschlands in der EU nicht funktioniert, weil die EU vorher auseinanderfliegt? Dann wird man den Deutschen Plan B aufs Auge drücken, an dem schon fleißig gebastelt wird: Ein neues- altes Deutsches Reich, was wieder nicht das Reich der Deutschen ist, das heißt die gleichen alten Hintergrundmächte mit neuen Strohmännern im Vordergrund. Die Mehrheit der Deutschen wird sich wieder in ihrer unendlichen politischen Unbedarftheit in der neuen-alten Untertänigkeit suhlen, froh wieder darum herum gekommen zu sein, die Verantwortung für ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Ob es dann noch angenehm sein wird, auf ihrem alten Siedlungsgebiet zu wohnen, dürfte fraglich sein. Vielleicht als Minderheit? Wie sagte doch der alte Rothschild: *Zerstreut die Deutschen in alle Welt und gebt Deutschland den Juden!*

Genau so ein Unfug ist die Forderung nach einem Friedensvertrag jetzt. Wer, bitte schön, sollte denn diesen deutscherseits abschließen? Die Besatzer mit ihren „deutschen“ Handlangern, also wieder so eine Selbstkontraktion wie der II +IV Vertrag, bei dem kein Deutscher mit am Tisch saß?

Die allererste Frage kann also nur die Herstellung der Souveränität der Deutschen sein, also Besatzer raus, Aufhebung allen Besatzungsrechts, Auflösung aller Besatzungskonstrukte und Organisationen. Organisation eines Staates der Deutschen von unten nach oben auf der Basis des Kontraktualismus. Das heißt freie Menschen schließen sich zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben freiwillig zusammen.

Erst dieser Staat könnte die Interessen der Deutschen in einem Friedensvertrag durchsetzen.

Die rechtliche Grundlage haben uns unsere Alten vererbt. Die 1949er Verfassung. Sie würde damit endlich ihren Zweck erfüllen.

Natürlich wäre sie heutzutage nicht der Weisheit letzter Schluß. Aber bevor die Deutschen wieder richtig weise Beschlüsse fassen können, z. B. eine neue Verfassung, muß erst einmal 70 jähriger Umerziehungsmüll aus den Köpfen geräumt werden und das neue Wissen, welches heute auf der ganzen Welt noch unterdrückt wird, muß in die Köpfe rein.

Erst dann werden wir frei sein!